



Presseerklärung des Sicherheitsrats zu den gezielten Angriffen auf Zivilpersonen in Afghanistan

NEW YORK, 12. März 2021 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten auf das Schärfste die alarmierende Zahl von Angriffen, die sich vorsätzlich gegen Zivilpersonen in Afghanistan richten. Zielscheibe dieser abscheulichen Angriffe waren und sind Amtspersonen, die Justiz, die Medien, medizinisches und humanitäres Personal, darunter auch Frauen in hervorgehobenen Positionen, diejenigen, die die Menschenrechte schützen und fördern, sowie ethnische und religiöse Minderheiten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats sprachen den Familien der Opfer ihr tiefstes Mitgefühl und Beileid aus und wünschten den Verletzten eine rasche und vollständige Genesung.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats äußerten ihre tiefe Besorgnis über die Zunahme dieser gezielten Angriffe in den Monaten nach dem Beginn der afghanischen Friedensverhandlungen am 12. September 2020. Die Mitglieder des Sicherheitsrats erkannten an, dass ein dauerhafter Frieden nur durch einen umfassenden und alle einschließenden Friedensprozess unter afghanischer Führungs- und Eigenverantwortung erzielt werden kann, der auf eine dauerhafte und umfassende Waffenruhe sowie eine alle einschließende politische Lösung zur Beendigung des Konflikts in Afghanistan abzielt. Sie betonten die Notwendigkeit der vollen, gleichberechtigten und konstruktiven Teilhabe von Frauen an diesem Prozess. Die Mitglieder des Sicherheitsrats legten den Verhandlungsparteien eindringlich nahe, vertrauensbildende Maßnahmen zu verfolgen, darunter eine Verringerung der Gewalt, und auch künftig in gutem Glauben zu interagieren.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten ein sofortiges Ende dieser gezielten Angriffe und betonten, dass es dringend und zwingend notwendig ist, die Tatverantwortlichen vor Gericht zu stellen. Die Mitglieder des Sicherheitsrats erinnerten daran, dass alle Parteien ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht unter allen Umständen einhalten müssen, auch diejenigen betreffend den Schutz von Zivilpersonen. Sie unterstrichen, dass vorsätzliche Angriffe auf Zivilpersonen Kriegsverbrechen darstellen können.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten außerdem ihre tiefe Besorgnis über die Bedrohung Afghanistans und der Region durch den Terrorismus.

21-03434 (G)

